



## Personalbestand des Kantonspersonals per 31. Dezember 2020

**Datenbasis:**

- exkl. Lehrkräfte
- exkl. Hochschulen
- exkl. Lernende und Praktikanten

Direktion	Personen und Vollzeitstellen					
	Anzahl Personen			Anzahl Vollzeitstellen		
	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total
Regierungsrat	4	3	7	4.0	3.0	7.0
Finanzkontrolle	15	9	24	14.2	7.2	21.4
Staatskanzlei	45	60	105	39.6	41.2	80.8
Parlamentdienste des Grossen Rates	8	21	29	5.6	14.0	19.6
Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (exkl. Amt für Arbeitslosenversicherung)	566	425	991	465.4	287.0	752.4
Amt für Arbeitslosenversicherung	217	365	582	206.9	321.4	528.4
Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion inkl. Amt für Arbeitslosenversicherung	783	790	1'573	672.3	608.5	1'280.7
Gesundheits-, Sozial und Integrationsdirektion	148	290	438	123.3	188.5	311.8
Direktion für Inneres und Justiz	411	706	1'117	372.4	540.8	913.2
Sicherheitsdirektion	2'925	1'586	4'511	2'842.3	1'187.0	4'029.3
Finanzdirektion	544	596	1'140	512.5	486.5	999.0
Bildungs- und Kulturdirektion	507	1'097	1'604	407.8	655.9	1'063.7
Bau- und Verkehrsdirektion	629	211	840	601.9	147.5	749.4
Datenschutzaufsichtsstelle	5	2	7	3.9	1.2	5.1
Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft	279	678	957	247.2	513.7	761.0
<b>Total</b>	<b>6'300</b>	<b>6'043</b>	<b>12'343</b>	<b>5'847.1</b>	<b>4'394.8</b>	<b>10'241.9</b>



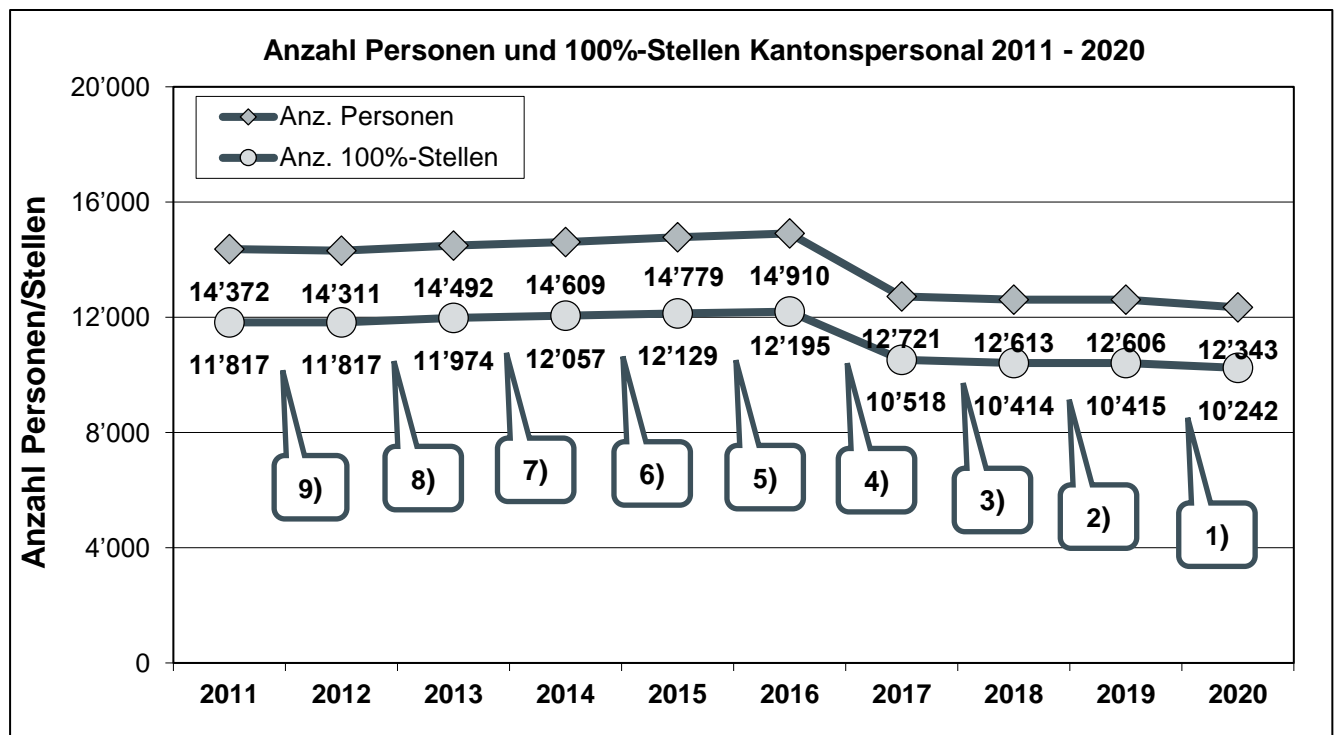
## Entwicklung des Personalbestandes von 2011 bis 2020

**Datenbasis:**

- exkl. Lehrkräfte
- exkl. Hochschulen
- exkl. Lernende und Praktikanten

Stichtag	Anz. Personen	Anz. 100%-Stellen	Kommentar
31.12.2011	14'372	11'817	9)
31.12.2012	14'311	11'817	8)
31.12.2013	14'492	11'974	7)
31.12.2014	14'609	12'057	6)
31.12.2015	14'779	12'129	5)
31.12.2016	14'910	12'195	4)
31.12.2017	12'721	10'518	3)
31.12.2018	12'613	10'414	2)
31.12.2019	12'606	10'415	1)
31.12.2020	12'343	10'242	

Quelle: Geschäftsberichte



In den Kommentaren zur Entwicklung der Stellenbestände werden die wichtigsten Gründe für die Zu- und Abnahmen erwähnt. Kleinstveränderungen werden nicht aufgeführt. Zudem können sich Differenzen aus zufälligen Schwankungen ergeben, da zum Erhebungszeitpunkt jeweils per Ende Jahr mehr oder weniger Stellen vakant sein können als in der Vorperiode.

## 1) Entwicklung 2019 zu 2020 (-172.8 Vollzeiteinheiten)

Der Personalbestand des Kantonspersonals hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen und betrug per Ende 2020 **10'241.9 Vollzeiteinheiten (VZE)**. Der Rückgang von 172.8 VZE ist hauptsächlich auf den Wegfall der Pfarranstellungen zurückzuführen (vgl. Begründung bei der Direktion für Inneres und Justiz). Weiter beeinflussten die Stellentransfers der per 1. Januar 2020 umgesetzten Direktionsreform (UDR) die Personalbestände in den Direktionen (aus gesamtstaatlicher Sicht jedoch saldoneutrale Stellenverschiebungen).

Die **Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)** verzeichnet eine Bestandszunahme von 194.8 VZE. Infolge UDR wurden das Amt für Umwelt und Energie von der BVD (39.0 VZE) sowie das Kantonale Laboratorium von der GSI (64.6 VZE) neu in die WEU integriert. Eine weitere Zunahme ergibt sich auch im Amt für Arbeitslosenversicherung (112.7 VZE; Stellen sind vollumfänglich durch Bund finanziert): Ausgelöst durch die Coronakrise ergab sich ein höherer Personalbedarf in den Bereichen Kurzarbeit, Arbeitslosenentschädigung und Arbeitsvermittlung. Weiter hat der Bestand im Generalsekretariat um 7.0 VZE zugenommen (Stellentransfer vom Amt für Wirtschaft sowie befristete Anstellungen in Zusammenhang mit Härtefall-Hotline, Projekt newweb und Zentralisierungsprojekten). Im Amt für Wirtschaft führten unter anderem der Transfer des Bereichs Immissionsschutz ins Amt für Umwelt und Energie (aus Sicht WEU saldoneutrale Verschiebung von 21.7 VZE) sowie die Umsetzung der Planungserklärung Brönnimann zu einem Rückgang von 27.8 VZE.

Bei der **Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)** ist der Rückgang (-44.7 VZE) hauptsächlich auf die infolge UDR erfolgte Verschiebung des Kantonalen Laboratoriums zur WEU zurückzuführen (-65.9 VZE). Die Zentralverwaltung verzeichnete hauptsächlich aufgrund von aus der Sicherheitsdirektion transferierten Stellen (Projekt NA-BE; Verschiebung von insgesamt 11.3 VZE) einen Zuwachs von 13.1 VZE. Im Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik Landorf Köniz – Schlössli Kehrsatz ist die Zunahme befristeten Anstellungen zur Kompensation von Ausfällen geschuldet (4.4 VZE). Weiter verzeichnet das Pädagogische Zentrum für Hören und Sprache in Münchenbuchsee eine Zunahme von 2.5 VZE.

In der **Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)** ist der Rückgang von 357.6 VZE vor allem auf die per 1. Januar 2020 erfolgte Rückgabe der Pfarranstellungen in den Zuständigkeitsbereich der Kirchgemeinden zurückzuführen (-405.5 VZE). Weiter wurde infolge UDR das Amt für Geoinformation (31.5 VZE) von der BVD in die DIJ integriert.

Die **Sicherheitsdirektion (SID)** verzeichnet eine Zunahme von 48.1 VZE, welche grösstenteils auf die Kantonspolizei zurückzuführen ist (45.0 VZE). Dort führten mehr Rekrutierungen zur Deckung des bestehenden Unterbestandes zu einer Bestandszunahme. Das Amt für Justizvollzug verzeichnet ebenfalls eine Bestandszunahme (6.2 VZE), welche auf die Besetzung von budgetierten Vakanz zurückzuführen ist. Beim Amt für Bevölkerungsdienste führten die Stellenverschiebungen zur Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (Projekt NA-BE) zu einem Rückgang von 4.1 VZE (besetzte transferierte Stellen ohne Vakanz).

Bei der **Finanzdirektion (FIN)** verringerte sich der Personalbestand um 4.7 VZE. Die Steuerverwaltung (+3.6 VZE), die Finanzverwaltung (-2.6 VZE) sowie das Amt für Informatik und Kommunikation (-5.4 VZE) verzeichnen erwähnenswerte Zu- bzw. Abnahmen, die jeweils ausschliesslich auf Veränderungen im Bereich der Vakanz zurückzuführen sind.

In der **Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)** ist eine Bestandszunahme um 11.4 VZE festzustellen. Im Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung ist die Zunahme von 6.9 VZE auf befristete Stellen zurückzuführen (u.a. 2.5 VZE Projekt REVOS, 1.0 VZE Aufsicht Homeschooling/Privatunterricht und 2.0 VZE fremdfinanzierte Gutachten bei der Erziehungsberatung). Im Mittelschul- und Berufsbildungsamt führten bei den Maturitätsschulen Stellvertretungen beim Verwaltungs- und Reinigungspersonal infolge Mutterschaft/Krankheit zu einer Zunahme von 6.2 VZE. Zudem führte bei den Berufsschulen die Korrektur von in den letztjährigen Bestandszahlen versehentlich eingeflossenen Pool- und Drittmittelstellen zu einer Bestandsabnahme (-9.2 VZE). Das Amt für Kultur verzeichnet aufgrund von befristeten Stellen für den Umzug des Kunstarchivs sowie der Bearbeitung von COVID-19-Gesuchen eine Zunahme von 4.8 VZE.

Zum Rückgang des Bestands in der **Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)** von 38.3 VZE führten infolge UDR insbesondere die Verschiebungen des Amtes für Umwelt und Energie zur WEU (-15.9 VZE) sowie des Amtes für Geoinformation zur DIJ (-28.2 VZE). Zudem verzeichnet das Amt für Wasser und Abfall aufgrund von Abbaumassnahmen im Rahmen des Entlastungspakets 18, der Planungserklärung Brönnimann sowie wegen Vakanzen eine Bestandsabnahme (-4.4 VZE). Hingegen erhöhte sich der Bestand beim Tiefbauamt (6.8 VZE v.a. infolge zusätzlicher drittfinanzierter Stellen im Bereich Nationalstrassen Betrieb) und beim Amt für Grundstücke und Gebäude (3.8 VZE; Besetzung von Vakanzen und Schaffung befristeter Stellen aufgrund fehlender Ressourcen).

Die **Gerichtsbehörden und die Staatsanwaltschaft** verzeichnen eine Personalbestandszunahme von 13.3 VZE. Die Veränderung ist mehrheitlich auf die Staatsanwaltschaft zurückzuführen (9.5 VZE). Hauptgründe für die Zunahme sind Doppelbesetzungen infolge Krankheits- und Mutterschaftsabsenzen sowie zusätzliche befristete Stellen für Mitarbeitende im Projekt NeVo/Rialto.

## 2) Entwicklung 2018 zu 2019 (+0.6 Vollzeiteinheiten)

Aus gesamtstaatlicher Sicht ist der Personalbestand beim Kantonspersonal gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Er belief sich per Ende 2019 auf 10'414.7 Vollzeiteinheiten (VZE). Unter Berücksichtigung einer Korrektur bei der Erziehungsdirektion (vgl. Kommentar unten) resultiert ein geringfügiger Rückgang.

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (-1.6 VZE bzw. +0.8 VZE inklusive AVA) gab es innerhalb der Ämter nur geringe Veränderungen. Die leichte Zunahme im Personalbestand ist hauptsächlich auf die Umsetzung der Bundesgesetzgebung zur Stellenmeldepflicht zurückzuführen, welche im Amt für Arbeitslosenversicherung zu einem zusätzlichen Ressourcenbedarf von 2.4 VZE führte (Stellen sind durch Bund finanziert).

Bei der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (+2.7 VZE) ist die Entwicklung neben diversen geringen Veränderungen in den Ämtern den zur Kompensation von Ausfällen befristeten Beschäftigungsgraderhöhungen im Schulheim Schloss Erlach geschuldet (+2.3 VZE).

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** verzeichnet einen Rückgang des Personalbestands um insgesamt 11.9 VZE. Bei den Landeskirchen führte hauptsächlich der Pfarrstellenabbau zum Rückgang von 6.2 VZE. Aufgrund von Vakanzen verringerte sich zudem der Personalbestand beim Amt für Sozialversicherungen (-2.4 VZE) und beim Kantonalen Jugendamt (-4.4 VZE). Zusätzliche Ressourcen (u. a. zur Bewältigung diverser Projekte und Gesetzesrevisionen) benötigten hingegen die Regierungsstatthalterämter (+2.1 VZE) sowie das Amt für Gemeinden und Raumordnung (+2.3 VZE). Die verbleibende Differenz setzt sich aus diversen geringen Veränderungen bei verschiedenen Ämtern zum Erhebungszeitpunkt zusammen.

Die Bestandsabnahme bei der **Polizei- und Militärdirektion** (-65.4 VZE) ist hauptsächlich bei der Kantonspolizei (-62.3 VZE) zu verorten. Dort führte die Ausklammerung des Lehrverbandes aus dem Sollbestand (Anstellungen mit Fokus auf Ausbildung), ein Unterbestand im Korps (Effekt grösserer Polizeischul-Lehrgänge tritt erst in rund 2 Jahren ein) sowie eine überdurchschnittliche Fluktuation bei den Sicherheitsassistenten (Botschaftsschutz, Verkehrsdienst) zum Rückgang. Die Entwicklungen beim Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (-5.1 VZE), beim Amt für Justizvollzug (+6.6 VZE), beim Amt für Migration und Personen (-7.9 VZE) sowie beim Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (+2.1 VZE) sind allesamt den Veränderungen im Bereich der Vakanzen zum Erhebungszeitpunkt geschuldet.

Die **Finanzdirektion** verzeichnet eine Zunahme des Personalbestands von 38.9 VZE. Bei der Steuerverwaltung (+25.4 VZE) ergibt sich der Mehrbedarf aufgrund der Übernahme von Stellen aus den Gemeinden im Bereich der Quellensteuer (+14.0 VZE, Massnahme aus Entlastungspaket 2018) sowie infolge weniger vakanter Stellen (+11.4 VZE). Beim Amt für Informatik und Organisation (+12.2 VZE) führten der Stellentransfer im Rahmen des Projektes IT@BE (+10.9 VZE) sowie ebenfalls ein Rückgang der zum Erhebungszeitpunkt vakanten Stellen zu einem Anstieg.

Bei der **Erziehungsdirektion** wird eine Erhöhung des Personalbestandes von 23.7 VZE ausgewiesen. Bei 8.7 VZE handelt es sich allerdings um sog. Pool- und Drittmittelstellen des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes, die im Personalinformationssystem falsch erfasst wurden und versehentlich in die Bestandeszahlen eingeflossen sind. Die bereinigte Zunahme beträgt 15.0 VZE. Bei den Maturitätsschulen (+2.3 VZE) führten Krankheitsstellvertretungen sowie beim Amt für Zentrale Dienste (+7.5 VZE) befristete Anstellungen (insbes. zur Unterstützung im Projekt ERP) zu Bestandszunahmen. Einen Rückgang infolge geplanter Entlastungsmassnahmen verzeichnete das Amt für Kultur (-2.1 VZE).

Bei der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (+2.8 VZE) verzeichnete das Amt für Geoinformation aufgrund von zum Erhebungszeitpunkt bestehenden Vakanzen eine nennenswerte Veränderung (-2.9 VZE). Die auf Stufe Direktion feststellbare Zunahme ist auf vereinzelte Veränderungen bei den Beschäftigungsgraden sowie die Besetzung von Vakanzen in den restlichen Ämtern zurückzuführen.

Der Personalbestand bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** nahm um 6.8 VZE zu. Bei der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit betrug die Zunahme 6.0 VZE aufgrund der infolge Langzeitabwesenheiten notwendigen Doppelbesetzungen. Die Abweichungen bei der Staatsanwaltschaft (-2.6 VZE) sowie der Justizleitung (+3.6 VZE) sind Ausdruck von Veränderungen der Vakanzen gegenüber dem letztjährigen Stichtag.

### 3) Entwicklung 2017 zu 2018 (-103.7 Vollzeitstellen)

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+2.8 VZE bzw. -32.5 VZE inklusive RAV und ALK) sind die Veränderungen auf Schwankungen bei der Besetzung von befristeten und vorübergehend vakanten Stellen zurückzuführen.

In den durch Drittmittel finanzierten regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sowie bei der Arbeitslosenkasse (ALK) ist der Bestand um 35.3 Vollzeiteinheiten gesunken. Die Anzahl an Mitarbeitenden richtet sich nach der Anzahl stellenloser bzw. stellensuchender Personen, die im Jahr 2018 zurückgegangen ist.

Die **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-2.8 VZE) verzeichnete anlässlich des Stellenabbaus im Zusammenhang mit dem Entlastungspaket 2018 (EP 18) in der Zentralverwaltung einen Rückgang um insgesamt 4.4 Vollzeitstellen. Zur Kompensation von Ausfällen zusätzlich benötigte befristete Anstellungen führten im Schulheim Landorf Köniz - Schlössli Kehrsatz zu einer Zunahme von 3.7 Vollzeiteinheiten.

Bei der **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** nahm der Stellenbestand innerhalb des bewilligten Soll-Bestandes um 5.5 Vollzeitstellen zu. Dies aufgrund der Besetzung von Vakanzen bei den Betriebs- und Konkursämtern (+6.8 VZE) sowie beim Amt für Sozialversicherungen (+2.5 VZE). Bestandsabnahmen verzeichneten hingegen unter anderem die Landeskirchen (-2.6 VZE aufgrund bestehender Vakanzen), das Kantonale Jugendamt (-2.1 VZE infolge Umsetzung EP 18 und bestehender Vakanzen) und das Handelsregisteramt (-2.4 VZE infolge EP 18 sowie dem Abschluss eines Scanning-Projekts).

Zur Bestandsabnahme bei der **Polizei- und Militärdirektion** (-18.1 VZE) führt der Rückgang beim Lehrverband als Folge der nach wie vor geringeren Lehrgangsgrossen der Polizeischulen sowie die Reduktion des infolge unterdurchschnittlicher Fluktuation entstandenen internen Überbestandes im Verkehrsdienst der Kantonspolizei (-22.3 VZE). Die Veränderungen beim Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (-2.9 VZE), dem Amt für Justizvollzug (+3.8 VZE) und dem Amt für Migration und Personen (+3.8 VZE) sind auf bestehende Vakanzen bzw. die Wiederbesetzung von vakanten Stellen zurückzuführen.

Die **Finanzdirektion** (-0.3 VZE) verzeichnete keine markante Veränderung im Personalbestand. Die erwähnenswerten Abweichungen in der Steuerverwaltung (-3.2 VZE) sowie dem Amt für Informatik und Organisation (+2.4 VE) sind Ausdruck von Veränderungen bei den vakanten Stellen gegenüber dem letztjährigen Stichtag.

In der **Erziehungsdirektion** resultiert ein Rückgang von 48.2 Vollzeitstellen. Die Abnahme ist grösstenteils auf die Auslagerung der sogenannten Pool- und Drittmittelstellen aus dem Stellenplan der Berufsschulen zurückzuführen (-41.1 VZE). Für diese Personalkategorie wurde im Rahmen der Änderung der Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerV) per 1. August 2017 eine an die Bedürfnisse der Schulen angepasste Lösung für die Bewirtschaftung dieser Stellen geschaffen. Aufgrund dieser Bestimmung werden Anstellungen nach Personalgesetz, die aus Poolressourcen oder aus Einnahmen aus der höheren Berufsbildung (Drittmittel) finanziert sind, nicht mehr im Stellenbestand des Kantonspersonals geführt. Weiter verzeichnen das Generalsekretariat (-5.7 VZE infolge Abbaumassnahmen aus EP 18 sowie dem Ablauf von befristeten Anstellungen) und die Maturitätsschulen (-5.0 VZE aufgrund von zum Stichtag bestehenden Vakanzen) Rückgänge. Demgegenüber weist das Amt für zentrale Dienste wegen mehrheitlich zur Projektunterstützung befristet und unbefristet angestelltem Personal eine Zunahme aus (+5.8 VZE).

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (+3.1 VZE) ist die Abweichung beim Tiefbauamt Ausdruck von Veränderungen bei schwierig zu besetzenden Stellen gegenüber dem letztjährigen Stichtag (+7.1 VZE). Beim Amt für Wasser und Abfall wurden infolge Umsetzung EP 18 5.0 Vollzeitstellen abgebaut.

Ohne nennenswerte Abweichungen innerhalb der einzelnen Organisationseinheiten, hat sich der Personalbestand bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** (-0.1 VZE) nur unwesentlich verändert.

#### **4) Entwicklung 2016 zu 2017 (-1'676.7 Vollzeitstellen)**

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+9.6 VZE bzw. +4.2 VZE inklusive RAV und ALK) sind die Veränderungen auf Schwankungen bei der Besetzung von befristeten und vorübergehend vakanten Stellen zurückzuführen.

In den durch Drittmittel finanzierten regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sowie bei der Arbeitslosenkasse (ALK) ist der Bestand um 5.4 VZE gesunken (die Anzahl Mitarbeitende richtet sich nach der Anzahl stellenloser Personen).

Bei der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-1'680.1 VZE) ist die Abnahme des Stellenbestands auf die per 1. Januar 2017 vollzogene Verselbstständigung der drei kantonalen psychiatrischen Betriebe, die Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD), das Psychiatriezentrum Münsingen (PZM) und die Psychiatrischen Dienste Biel-Seeland - Berner Jura (PDBBJ) zurückzuführen.

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** verzeichnet eine Abnahme von insgesamt 27.5 VZE. Davon sind 4.7 VZE Pfarranstellungen dem Stellenabbau gemäss Grossratsbeschluss und den per Stichtag bestehenden Vakanzen zuzuordnen. Bei den Betriebs- und Konkursämtern (-13.0 VZE) sowie dem Amt für Sozialversicherungen (-3.3 VZE) sind die Abnahmen auf nicht besetzte Vakanzen zurückzuführen. Weiter reagierten die Grundbuchämter (-3.4 VZE), das Kantonale Jugendamt (-3.3 VZE) sowie die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (-5.0 VZE) auf den reduzierten Sollbestand, welcher die Einführung der neuen Stellenbewirtschaftung für diese Ämter zur Folge hatte.

In der **Polizei- und Militärdirektion** (+18.9 VZE) führte unter anderem die Schaffung von zwei befristeten Anstellungen infolge zunehmender Arbeitslast im Rechtsdienst des Generalsekretariates zu einer Zunahme. Der Zuwachs bei der Kantonspolizei (+7.6 VZE) ist hauptsächlich auf eine unterdurchschnittliche Fluktuation zurückzuführen. Im Amt für Justizvollzug (+5.2 VZE) konnten zudem vakante Stellen wiederbesetzt werden.

Die Zunahme von 13.5 VZE bei der **Finanzdirektion** ist zur Hauptsache in der Besetzung von bewusst vakant gehaltenen Stellen im Rahmen des Programms „IT@BE“ im Amt für Informatik und Organisation (+18.9 VZE) begründet. Bei der Steuerverwaltung hingegen ist die Abnahme von 6.9 VZE auf kurzfristige Vakanzen gegenüber dem letztjährigen Stichtag zurückzuführen.

Die **Erziehungsdirektion** verzeichnete eine Zunahme von 8.3 VZE. Durch den Wegfall von Krankheitsstellvertretungen und infolge Vakanzen ergibt sich bei den Maturitätsschulen ein Rückgang von 3.8 VZE. Die Zentralisierung des HR der Erziehungsdirektion führte im Generalsekretariat zu einer Zunahme von 3.3 VZE. Zudem sind rund 7.2 VZE auf befristet geschaffene Stellen zurückzuführen.

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (-13.3 VZE) ist beim Tiefbauamt eine Abnahme von 7.9 VZE feststellbar. Die Abnahme ist auf schwierig zu besetzende Vakanzen im Ingenieursbereich zurückzuführen. Weiter fallen aufgrund einer Reorganisation im Amt für Grundstücke und Gebäude Vakanzen im Umfang von 3.5 VZE an.

Bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** ergibt sich eine Abnahme von insgesamt 5.5 VZE. Bei den Zivil- und Strafgerichten ist die Abnahme von 8.8 VZE auf die Reduktion von Doppelbesetzungen sowie zum letztjährigen Stichtag bestehenden Vakanzen zurückzuführen. Die Zunahme bei der Staatsanwaltschaft von 4.0 VZE entstand durch Doppelbesetzungen infolge Langzeitabwesenheiten sowie einem Zusatzbedarf an Personal aufgrund eines IT-Projektes und Grossuntersuchungen.

## 5) Entwicklung 2015 zu 2016 (+65.9 Vollzeitstellen)

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+12.7 VZE bzw. +36.4 VZE inklusive RAV und ALK) haben mehrere organisatorische Verschiebungen, u. a. von drittfinanzierten Stellen in der Chronometerkontrolle (+5.0 VZE, ist konjunkturellen Schwankungen unterworfen) und die Integration von ICT-Stellen in die zentralen Dienste sowie schwankende Beschäftigungsgrade einen höheren Personalbestand zur Folge.

In den durch Drittmittel finanzierten regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sowie bei der Arbeitslosenkasse (ALK) ist der Bestand um 23.7 Vollzeiteinheiten gestiegen (die Anzahl Mitarbeitende richtet sich nach der Anzahl stellenloser Personen).

Bei der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-38.7 VZE) ist die Abnahme des Stellenbestands hauptsächlich auf die Massnahmen zur Ergebnisverbesserung bei den Universitären Psychiatrischen Diensten und den Psychiatrischen Diensten Biel-Seeland / Berner Jura zurückzuführen (Projekt Fit-for-Future). Diese Massnahmen sind im Hinblick auf die Verselbstständigung per 1. Januar 2017 ergriffen worden und wirken sich mit einer Abnahme um 40.0 VZE auf den Stellenbestand aus. Zu einer weiteren Abnahme im Umfang von 4.9 VZE führten verschiedene vakante Stellen in der Zentralverwaltung. Demgegenüber musste das Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik Landorf Köniz - Schössli Kehrsatz zur Überbrückung von Ressourcenengpässen befristete Stellen schaffen (+3.5 VZE).

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** verzeichnet eine Abnahme von 18.9 VZE. 35.0 VZE Pfarranstellungen, die nicht durch den Kanton sondern durch die betreffenden Kirchgemeinden direkt finanziert werden, wurden im Rahmen von Bereinigungsarbeiten aus dem Stellenplan entfernt. Demgegenüber führte die Umsetzung der Gesetzesänderung betreffend Handänderungssteuern bei den Grundbuchämtern zu einer Zunahme um 3.7 VZE. Weiter wirkten sich die Überbrückung von Langzeitabsenzen sowie die üblichen Schwankungen im Stellenbestand mit einer Zunahme um insgesamt rund 10.0 VZE auf den Stellenbestand aus.

Bei der **Polizei- und Militärdirektion** (+42.7 VZE) führte die Rekrutierung von grösseren Lehrgängen für die Polizeischule (+49.0 VZE) als Massnahme gegen die Unterdeckung im Polizeikorps und die Aufstockung des Botschaftsschutzes (+11.7 VZE) zu einer Zunahme um insgesamt 60.7 VZE. Weiter verzeichnet die Kantonspolizei eine leichte Zunahme um 7.1 VZE bei den zivilen Stellen. Im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt hat der Stellenbestand um 7.4 VZE zugenommen. Dies im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Telefonie im Rahmen der Umsetzung des Projekts Contact Center. Demgegenüber führte die Schliessung des Jugendheim Prêles im Amt für Justizvollzug zu einem Rückgang um insgesamt 44.2 VZE.

Bei der **Finanzdirektion** kann eine geringe Zunahme um 2.4 VZE festgestellt werden, welche auf übliche Schwankungen zum Erhebungszeitpunkt zurückzuführen ist.

Über die ganze **Erziehungsdirektion** gesehen kann eine geringe Zunahme um 1.6 VZE festgestellt werden. Beim Mensapersonal an den Berufsschulen führten Stellenaufhebungen zu einer Reduktion des Stellenbestands um 13.5 VZE. Demgegenüber verzeichnet die Berufsberatung im Bereich Case Management aufgrund einer Reorganisation eine Zunahme um 2.3 VZE. Zusätzlich hatten die Überbrückung von Ressourcenengpässen und Langzeitabsenzen in verschiedenen Organisationseinheiten zu einer Zunahme um rund 10.0 VZE geführt.

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (+9.0 VZE) konnten bereits seit längerer Zeit bewilligte vakante Stellen im Tiefbauamt und im Amt für Grundstück und Gebäude im Umfang von insgesamt 7.2 VZE wieder besetzt werden.

Bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** ergibt sich eine Zunahme von insgesamt 31.3 VZE. Diese Zunahme ist im Wesentlichen (+19.0 VZE) auf die Schaffung von zusätzlichen befristeten Stellen zur Überbrückung von Langzeitabwesenheiten infolge Mutterschaft, Krankheiten und längerer Urlaube zum Abbau der Zeitguthaben zurückzuführen. Bei der Staatsanwaltschaft resultiert eine Zunahme von 15.3 VZE infolge der Besetzung von zusätzlich bewilligten Stellen.

## 6) Entwicklung 2014 zu 2015 (+33.1 Vollzeitstellen)

Rechnerisch beträgt die Zunahme zum Vorjahr 71.7 VZE. Diese Zunahme ist jedoch im Ausmass von 38.6 VZE auf eine Bereinigung von Angaben im Personalinformationssystem zurückzuführen. Es handelt sich um bewilligte Stellen, die bisher nicht im ordentlichen Stellenbestand aufgeführt worden sind. Aus diesem Grund wird im Kommentar zur Entwicklung der Stellenbestände 2014 zu 2015 die effektive Zunahme von 33.1 VZE begründet.



In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+3.1) führte die Umsetzung einer Massnahme aus der Angebots- und Strukturüberprüfung 2014 im Amt für Landwirtschaft und Natur zu einer Abnahme von 10.6 VZE. Eine weitere Abnahme von 5.4 VZE verzeichnet das beco Berner Wirtschaft auf Grund von Vakanzen. Demgegenüber verzeichnen die Arbeitslosenkasse (+3.2 VZE) und die regionale Arbeitsvermittlung (+15.1) eine Zunahme von 18.3 VZE (die Anzahl Mitarbeitende richtet sich nach der Anzahl stellenloser Personen).

Bei der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-32.2 VZE) ist die Abnahme des Stellenbestands im Wesentlichen auf die drei psychiatrischen Betriebe zurückzuführen. Diese haben im Hinblick auf die Verselbstständigung per 1. Januar 2017 verschiedene Massnahmen zur Ergebnisverbesserung (Projekt Fit-for-Future) ergriffen. Die Massnahmen wirken sich mit einer Abnahme von 42.6 VZE auf den Stellenbestand aus. Demgegenüber musste die Zentralverwaltung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion zur Überbrückung von Kapazitätsengpässen für Projekte und Krankheitsabwesenheiten befristete Stellen schaffen. Dies führte zu einer Zunahme um 7.6 VZE.

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** (-2.8 VZE) verzeichnet einen Rückgang von 9.9 VZE bei den Pfarrstellen als Folge des Grossratsbeschlusses über die Festsetzung der Pfarrstellen für die bernischen Landeskirchen vom 28. März 2012. Weiter führte die Überführung des Busseninkassos per 1. Januar 2015 zur Justizleitung zu einer Abnahme von 8.0 VZE im Amt für Betriebswirtschaft und Aufsicht. Im Zusammenhang mit der geplanten Neuorganisation der Grundbuchämter wirkt sich die zurückhaltende Wiederbesetzung von vorhandenen offenen Stellen mit einer Abnahme von 2.9 VZE aus. Demgegenüber führte die Schaffung von befristeten Stellen bei den Betreibungs- und Konkursämtern aufgrund der Mehrbelastung durch das ICT-Projekt Sabaka und die Überbrückung von Langzeitabsenzen zu einer temporären Zunahme um 9.9 VZE. Im Kantonalen Jugendamt führte die Besetzung von Vakanzen zu einem Anstieg um 1.9 VZE. Bei den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden führte die Umsetzung der Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen im Asylbereich (UMA) zu einer Zunahme um 3.1 VZE.

Bei der **Polizei- und Militärdirektion** (+27.5 VZE) führte die Rekrutierung grösserer Lehrgänge für die Polizeischule als Massnahme gegen die Unterdeckung der Polizeistellen zu einer Zunahme von 22.2 VZE. Weiter hatte die Besetzung von mehreren Vakanzen im Amt für Migration und Personenstand und im Amt für Bevölkerungsschutz, Militär und Sport eine Zunahme von 7.2 VZE zur Folge. Demgegenüber resultiert beim Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt ein Rückgang von 3.2 VZE aufgrund von nicht besetzten Stellen.

Die **Finanzdirektion** verzeichnet eine geringe Zunahme des Stellenbestandes um 1.3 VZE, welche sich auf üblichen Schwankungen im Stellenbestand ergibt.

In der **Erziehungsdirektion** (+10.8 VZE) führten Doppelbesetzungen wegen Absenzen, temporäre Erhöhungen des Beschäftigungsgrades zum Jahresende und die Besetzung von vorhandenen, nicht besetzten Stellen bei den Maturitätsschulen (+5.2) und bei den Berufsschulen (+3.1) zu einer Zunahme von 8.3 VZE. Im Amt für zentrale Dienste resultiert eine Zunahme um 2.4 VZE infolge Wiederbesetzung von bewilligten vakanten Stellen. Andererseits verzeichnet das Amt für Kultur eine Abnahme um 4.1 VZE. Diese Abnahme setzt sich zusammen aus Schwankungen beim Stellenbestand des Grabungspersonals (-6.8 VZE) und der Integration der Kulturvermittlung (+3.4 VZE).

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** ergaben sich keine Veränderungen zum Vorjahr.

Bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** ergibt sich eine Zunahme von insgesamt 26.0 VZE, welche auf die Schaffung von befristeten Stellen für die Überbrückung von Langzeitabwesenheiten infolge Mutterschaft und Krankheit sowie die Übernahme des operativen Rechnungswesens und des Busseninkassos per 1. Januar 2015 vom Amt für Betriebswirt-

schaft und Aufsicht zurückzuführen ist. Weiter ist die Zunahme durch die Umsetzung der Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit der Personaldotationsanalyse bei der Staatsanwaltschaft begründet.

In den übrigen Organisationseinheiten (Staatskanzlei, Finanzkontrolle und Parlamentsdienste) ergab sich gesamthaft eine Abnahme um 0.6 VZE.

## 7) Entwicklung 2013 zu 2014 (+82.8 Vollzeitstellen)

Durch die Parlamentsrechtsrevision per 1. Juni 2014 wurden die Mitarbeitenden des ehemaligen Ratssekretariates von der **Staatskanzlei** in die neu geschaffenen **Parlamentsdienste** überführt. In diesem Zusammenhang wurden vom Grossen Rat zudem 3.4 neue VZE bewilligt.

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+23.6 VZE) wirkt sich die Revision der Fleischkontrollverordnung mit der Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch den Veterinärdienst mit 13.6 zusätzlichen VZE aus (amtstierärztliche Schlachttier- und Fleischkontrolle bei den Schlachtbetrieben). Eine weitere Zunahme von knapp 10 VZE resultiert bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der Arbeitslosenkasse, deren Personalbedarf sich jeweils nach der wirtschaftlichen Entwicklung resp. der Anzahl stellenlosen Personen richtet. Diese Stellen sind fremdfinanziert und damit haushaltneutral.

In der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-17.9 VZE) wurden zwei VZE für erhöhte Kontrollen und Revisionstätigkeit im Sozial- und Asylwesen bewilligt (Umsetzung einer Massnahme aus der Angebots- und Strukturüberprüfung 2014 [ASP 2014]). Weiter wurde die Kantonale Ethikkommission Bern (KEK) von der Universität Bern in die GEF überführt, was zu einer Erhöhung um 2.9 VZE führt. Zudem konnten in der Zentralverwaltung zwei vakante Stellen im Jahr 2014 wieder besetzt werden. Bei den Universitären Psychiatrischen Diensten ergibt sich durch die Aufnahme sogenannter Verrechnungskostenstellen in den Stellenplan (haushaltneutral, werden an andere Institutionen weiterverrechnet) sowie durch die Besetzung mehrerer Vakanzen eine Zunahme von gut 15 VZE. Demgegenüber resultieren beim Psychiatriezentrum Münsingen und bei den Psychiatrischen Diensten Biel-Seeland/Berner Jura Rückgänge von 25.1 VZE bzw. 18.1 VZE als Folge der vom Grossen Rat beschlossenen ASP-Massnahmen im Bereich der psychiatrischen Versorgung. Die Sparmassnahme wurde mit der Schliessung von insgesamt drei Stationen, vorwiegend bei der Alterspsychiatrie mit Langzeitpatienten erreicht. Für die meisten Mitarbeitenden konnten Anschlusslösungen gefunden werden.

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** (+9.7 VZE) verzeichnet einen Rückgang bei den Pfarrstellen von 5.3 VZE als Folge des Grossratsbeschlusses über die Festsetzung der Pfarrstellen für die bernischen Landeskirchen vom 28. März 2012. Andererseits konnten in mehreren Ämtern Vakanzen im Umfang von insgesamt knapp 8 VZE im Jahr 2014 wieder besetzt werden. Bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ergibt sich eine temporäre Zunahme um 9.5 VZE, weil aufgrund hoher Dossierlast sowie infolge mehrerer Krankheits- und Mutterschaftsvertretungen Stellen befristet besetzt wurden.

Bei der **Polizei- und Militärdirektion** (+55.6 VZE) wirken sich die bewilligte Aufstockung der Polizei- und Botschaftsschutzstellen mit einer Zunahme von 36.6 VZE aus. Im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt ist eine Zunahme von 5.6 VZE auf die Besetzung von vakanten Stellen bei den Verkehrsexperten zurückzuführen. Im Amt für Freiheitsentzug und Betreuung setzt sich eine Zunahme von 24.5 VZE aus 8 zusätzlichen Stellen für den Straf- und Massnahmenvollzug sowie der Besetzung von Vakanzen zusammen. Ein Stellenrückgang von 12.6 VZE resultiert im Amt für Migration und Personenstand als Folge von bereits umgesetzten ASP-Massnahmen (7 VZE) sowie wegen aktuellen Vakanzen (5.6 VZE). Weitere bewilligte Stellen werden im laufenden Jahr saisonal besetzt.

Die **Finanzdirektion** (-4.7 VZE) verzeichnet bei der Steuerverwaltung eine Abnahme von 3.8 VZE. Einerseits wurden im Rahmen von ASP in der Steuerverwaltung bis Ende 2014 bereits rund 18 (von insgesamt 20 abzubauenen VZE) aufgehoben. Andererseits konnte sie im Gegenzug diverse vakante Stellen wieder besetzen.

Bei der **Erziehungsdirektion** (+24.0 VZE) ist hauptsächlich die Kantonalisierung von zwei privaten Berufsschulen im Hinblick auf das Schuljahr 2014/2015 für den Stellenzuwachs verantwortlich: Die Integration der privaten kaufmännischen Berufsschule Langenthal in die kantonale Berufsfachschule Langenthal erhöht den Bestand um 12 VZE (RRB 465 vom 23. April 2014) und der Zusammenschluss der privaten kaufmännischen Berufsschule Emmental mit der kantonalen Berufsfachschule Emmental zum Bildungszentrum Emme führt zu zusätzlichen 2 VZE (RRB 464 vom 23. April 2014). Die restliche Zunahme ist auf temporäre Schwankungen innerhalb des bestehenden Stellenbestandes, namentlich als Folge von Krankheits-, Unfall- und Mutterschaftsvertretungen sowie für befristete Stellen im Rahmen von (teilweise drittfinanzierten) Projekten zurückzuführen.

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (-15.9 VZE) zeigt sich eine Abnahme im Bereich Strassenunterhalt (-17.0 VZE). Einerseits wurden aufgrund einer ASP-Sparvorgabe pensionierte Mitarbeitende bewusst nicht mehr ersetzt und andererseits ergeben sich Vakanzen auf schwer zu besetzenden Funktionen im Ingenieurbereich.

Bei der **Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaft** (+2.1 VZE) ergeben sich keine namhaften Veränderungen beim Personalbestand.

## 8) Entwicklung 2012 zu 2013 (+157.1 Vollzeitstellen)

Die Zunahme um insgesamt 2.5 Stellen in der **Staatskanzlei** (umfasst das Personal der Staatskanzlei und das Büro des Grossen Rates) ist auf die Tonbandredaktorinnen und -redaktoren des Grossen Rates zurückzuführen, die per 1. Januar 2013 erstmals über PERSISKA abgerechnet und somit neu im Stellenetat des Kantonspersonals geführt werden.

Im kantonalen Amt für Wald in der **Volkswirtschaftsdirektion** resultiert durch die Neuausrichtung und Restrukturierung im Staatsforstbetrieb ein Rückgang des Stellenbestandes um 9.4 VZE. Ferner ist die Abnahme um 6.1 VZE im beco Berner Wirtschaft auf Schwankungen bei den vakanten Stellen zurückzuführen. Demgegenüber hat der Stellenbestand im Amt für Landwirtschaft und Natur um 3.3 VZE zugenommen. Diese durch den Regierungsrat bewilligte Bestandeszunahme ist auf die Übernahme zusätzlicher Aufgaben im Bereich des Veterinärdienstes zurückzuführen.

In der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** hat der Stellenbestand um insgesamt 20.1 VZE zugenommen. Im Psychiatriezentrum Münsingen konnten dank intensiven Rekrutierungsbemühungen seit längerer Zeit ausstehende Vakanzen im Umfang von 20.5 VZE besetzt werden. Aufgrund der hohen Patientenauslastung in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (PP) sowie in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) in den Universitären Psychiatrischen Diensten hat der Stellenbestand um 16.4 Stellen zugenommen. Dieser Mehrbedarf konnte mit den zusätzlich erwirtschafteten Erträgen innerhalb des Gesamtbudgets finanziert werden. Demgegenüber kann in den Psychiatrischen Diensten Biel-Seeland / Berner Jura ein Rückgang des Stellenbestandes um insgesamt 16.5 VZE festgestellt werden. Dieser Rückgang kann auf Sparmassnahmen (Schliessung des Bereichs Sozialpsychiatrie per 31. August 2013, Reduktion der Anzahl Betten im Bereich Psychiatrie im fortgeschrittenen Alter und Nichtbesetzung von Vakanten Stellen) zurückgeführt werden. Ferner weist das kantonale Laboratorium einen Rückgang um insgesamt 1.8 VZE aufgrund von vakanten Stellen aus.

In der **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** resultiert über die ganze Direktion gesehen per Saldo ein Zuwachs von 109 VZE hauptsächlich als Folge der neu geschaffenen Kindes-

und Erwachsenenschutzbehörde (KESB; +140.4 VZE). Das kantonale Jugendamt verzeichnet demgegenüber eine Abnahme um 10.4 Stellen, welche im Jahr 2013 in die neue KESB überführt wurden. Bei den Landeskirchen ist ebenfalls eine Abnahme um 9.3 Stellen festzustellen. Diese Schwankung ist auf die Kompetenz der Kirchgemeinden zurückzuführen, Stellen über den Stellenetat hinaus zu Lasten der Gemeinden zu schaffen bzw. bei Bedarf vakant zu belassen. Ferner sind bei den Regierungsstatthalterämtern befristete Stellen im Umfang von 5.7 VZE nicht mehr verlängert worden. Im Amt für Betriebswirtschaft und Aufsicht werden nach einer Reorganisation in der Abteilung Informatik sowie nach Abgängen in zwei anderen Abteilungen vakante Stellen im Umfang von 6.2 VZE erst im Verlauf des Jahres 2014 wieder besetzt werden können.

Die Kantonspolizei in der **Polizei- und Militärdirektion** (insgesamt plus 48.2 VZE) verzeichnet einen Stellenzuwachs von total 26.6 VZE. Die Zunahme ist auf die Erhöhung der präventiven Präsenz in der Stadt Bern, die Ausdehnung des Ferienanspruchs auf 5 Wochen sowie den Ausbildungslehrgang Verkehrsdienste zurückzuführen. Demgegenüber sind einige befristete Anstellungsverhältnisse nicht mehr verlängert worden. 10.5 VZE sind im Amt für Freiheitsentzug und Betreuung geschaffen worden. Hier ist die Erhöhung des Stellenbestandes auf die vollumfängliche Inbetriebnahme des Regionalgefängnisses Burgdorf zurückzuführen. Im Weiteren verzeichnet das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt eine leichte Zunahme um total 8.8 VZE. Diese sind einerseits im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Massnahmenpaketes der Strassenverkehrsgesetzgebung „Via sicura“ geschaffen worden und andererseits sind Stellen, welche aufgrund des Ausgabemoratoriums 2012 nicht besetzt werden konnten, im 1. Quartal 2013 besetzt worden.

Der Stellenbestand der **Finanzdirektion** ist gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert geblieben. Die Abnahme von per Saldo 0.7 VZE ergibt sich aufgrund von Schwankungen bei den Vakanzten. Vom Amt für Informatik und Organisation ist eine 1 VZE im Bereich Informatik zur Steuerverwaltung verschoben worden.

In der **Erziehungsdirektion** hat der Stellenbestand um insgesamt 9.4 VZE abgenommen. Dabei weist das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) per Saldo einen Rückgang um 6.3 VZE aus. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die Nichtbesetzung von vakanten Stellen zurückzuführen. Andererseits führten Doppelbesetzungen infolge Krankheit und Unfall im MBA zu einer Erhöhung um 3.5 VZE. Ferner hat das Amt für Kultur (AK) ein Rückgang um 3.7 VZE zu verzeichnen, der ebenfalls auf die Nichtbesetzung von vakanten Stellen sowie auf Schwankungen beim Stellenbestand des Grabungspersonals beim archäologischen Dienst zurückzuführen ist.

Der Rückgang um 19.8 Vollzeiteinheiten liegt bei der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** hauptsächlich im Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) und im Tiefbauamt (TBA). Das TBA verzeichnet einen Rückgang um insgesamt 8.3 VZE, welcher auf einen Verzicht der Neubesetzung einzelner Abgänge aufgrund von Pensionierungen im Unterhalt, Rekrutierungsschwierigkeiten im Ingenieursbereich sowie die Stelleneinsparung durch Zusammenlegung zweier Strasseninspektorate zurückzuführen ist. Aufgrund der laufenden Reorganisation im AGG sind Vakanzten im Umfang von 10 VZE vorerst noch nicht besetzt worden. Diese werden 2014 wieder besetzt.

Der Zuwachs von 15.4 VZE in der **Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft (Justiz)** ist hauptsächlich auf die hohe Arbeitsbelastung, insbesondere in den Strafbefehlsabteilungen zurückzuführen. Zur Verhinderung einer weiteren Zunahme der pendenten Fälle, sind die Entlastungsmassnahmen im Personalbereich aus dem Jahr 2012 fortgeführt worden (Mehrbedarf an befristeten Anstellungen und Aushilfen). Im Weiteren führte die Besetzung von vakanten Stellen und Doppelbesetzungen infolge Abbaus der Langzeitkontoguthaben, Krankheit, Mutterschaft etc. zu einem Stellenzuwachs.

## 9) Entwicklung 2011 zu 2012 (-0.4 Vollzeitstellen)

In der **Volkswirtschaftsdirektion** hat der Stellenbestand um insgesamt 34.5 Stellen abgenommen. Im kantonalen Amt für Wald resultiert durch Vakanzen im Forstdienst und durch die Reorganisation im Staatsforstbetrieb eine Abnahme von 12 VZE. Zudem wurden vakante Stellen im Umfang von rund 6 VZE nicht mehr besetzt. Die restliche Abnahme ist in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren und bei der Arbeitslosenkasse auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen. Es wurden befristete Verträge im Umfang von 16.6 VZE nicht verlängert.

Im kantonalen Laboratorium der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** sind vakante Stellen im Umfang von 3.3 VZE aufgrund von Budgetkürzungen durch den Grossen Rat nicht mehr besetzt worden. Bei den Universitären Psychiatrischen Diensten (UPD) hat der Stellenbestand per Saldo um 13.3 VZE zugenommen. Dies ist einerseits auf die Besetzung von noch ausstehenden Vakanzen (24 VZE) der im Jahr 2011 neu eröffneten Forensik-Station sowie auf den Ausbau der Trainingswohngruppe um 5.8 VZE zurückzuführen. Andererseits sind in der UPD durch die Verschiebung der Station Fahrni (9 VZE) zum Psychiatriezentrum Münsingen (PZM) und als Folge einer leicht erhöhten Fluktuation (7.5 VZE) Stellen im Umfang von rund 16 VZE abgebaut worden. Dem Psychiatriezentrum Münsingen ist es im Jahr 2012 gelungen, seit längerer Zeit ausstehende Vakanzen im Bereich Pflege und in der ärztlichen Direktion zu besetzen. Zusammen mit der Übernahme der Station Fahrni von der UPD führt dies beim PZM zu einer Stellenzunahme von insgesamt 11.1 VZE.

In der **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** sind bei den Betreibungs- und Konkursämtern fluktuationsbedingte Schwankungen festzustellen, die eine Zunahme von 4.6 VZE zur Folge haben. Das kantonale Jugendamt verzeichnet einen Zuwachs um 10.4 VZE. Diese sind im Zusammenhang mit dem Aufbau der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die den Betrieb per 1. Januar 2013 aufnahm, geschaffen worden. Ferner kann beim Amt für Sozialversicherungen und Stiftungsaufsicht ein Rückgang von 11.5 VZE festgestellt werden, der im Wesentlichen auf die Ausgliederung der Abteilung Stiftungsaufsicht in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt zurückzuführen ist. Bei den Landeskirchen ist gegenüber dem Vorjahr ein Stellenzuwachs um 9.7 VZE festzustellen. Die Kirchgemeinden verfügen über die Kompetenz, Stellen über den Stellenetat hinaus zu schaffen, wobei die Mehrkosten dem Kanton rückvergütet werden.

In der **Polizei- und Militärdirektion** weist das Amt für Freiheitsentzug und Betreuung einen Stellenzuwachs um 20.7 VZE aus. Die Zunahme ist im Wesentlichen auf die Neueröffnung des Regionalgefängnisses Burgdorf zurückzuführen. 17 VZE sind bei der Kantonspolizei geschaffen worden. Hier ist die Entwicklung auf die Erhöhung der präventiven Präsenz in der Stadt Bern sowie auf die Übernahme von Stellen im Zusammenhang mit dem Funksystem Polycom vom Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär zurückzuführen. Im Weiteren verzeichnet das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt eine leichte Abnahme um 3.1 VZE als Folge von Vakanzen.

Die **Finanzdirektion** weist gegenüber dem Vorjahr einen um insgesamt 8.0 VZE tieferen Bestand aus. Der Rückgang steht vorwiegend im Zusammenhang mit der Nichtbesetzung von Vakanzen.

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) sowie das Amt für Kultur (AK) der **Erziehungsdirektion** verzeichnen eine Abnahme von insgesamt 19.8 VZE (MBA 10.5 VZE, AK 9.3 VZE). Im MBA ist der Rückgang hauptsächlich auf Vakanzen, die Schliessung der Berufsschule für Pflege (Schwerpunkt Psychiatrie [BPP]) per 31. Dezember 2011 sowie rückläufige Stundenabrechnungen beim Reinigungs- und Mensapersonal zurückzuführen. Demgegenüber ist im AK vorwiegend die Reduktion von temporärem und befristet angestelltem Grabungspersonal für den Abbau verantwortlich. Der Stellenbestand in diesem Bereich ist aus Sparüberlegungen bewusst auf ein Minimum reduziert worden. Bei den Zentralen Diensten haben Vakanzen und Stellenausgliederungen zu einer leichten Abnahme von 3.3 VZE geführt.

Der Zuwachs von 5.1 VZE bei der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** ist hauptsächlich durch die Besetzung von bereits seit längerer Zeit bestehenden Vakanzen sowie Doppelbesetzungen infolge Mutterschaft und längerer Krankheitsabwesenheit zu begründen.

In der **Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft (Justiz)** hat sich der Stellenbestand in der Gesamtheit gegenüber dem Vorjahr per Saldo kaum verändert (+0.8 VZE). Die Justizleitung hat aufgrund erhöhter Arbeitsbelastung in verschiedenen Bereichen den Stellenbestand im Umfang von insgesamt 3.8 befristeten VZE erhöht. Dagegen wurden bei der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit infolge geringerer Geschäftseingänge einige Vakanzen nicht besetzt sowie einige Stellen zur Staatsanwaltschaft für den Abbau von Rückständen bei den Strafbefehlsabteilungen transferiert.